



Seniorenbund sorgt sich um die Zukunft der AHV nach der Reform. ▶ **3**



Seniorenbund-Kassier Max Manhart zeigte auf, welche Auswirkungen eine Senkung des Staatsbeitrags für die AHV hätte und legte Gegenvorschläge vor.



Bilder: Daniel Ospelt

Seniorenbund-Vizepräsidentin Josy Biedermann und Seniorenbund-Präsidentin Christl Gstöhl sorgen sich um die Zukunft der AHV, sollte der Staatsbeitrag weiter gesenkt werden.

«Ein Raubzug auf die AHV-Kasse»

Ein Referendum wird – vorerst – nicht ergriffen. Der Liechtensteiner Seniorenbund (LSB) hofft vielmehr darauf, dass der Landtag seine Argumente zur AHV-Revision aufgreift und das Ruder noch herumreisst. Ob diese Hoffnungen berechtigt sind, zeigt sich im Mai.

DESIRÉE VOGT

VAUDUZ. Der Liechtensteiner Seniorenbund (LSB) kämpft weiter dafür, dass die AHV künftig vom Staat nicht mit einem fixen jährlichen Beitrag von 30 Millionen Franken «abgespeist» wird. Das Ganze unter dem Titel «langfristige Sicherung der AHV» zu verkaufen, ist für ihn ein kaum auflösender Widerspruch. Zumal die AHV kein Sanierungsfall, sondern kerngesund ist. Wenn die Regierung versuche weiszumachen, dass die Renten nicht mehr sicher sind, so sei das reine Panikmache. Der Fonds belaufe sich auf annähernd 3 Milliarden Franken, was 10,74 Jahrsausgaben ausmache: Rund 150 000 Franken pro Rentner. Werde der Staatsbeitrag hingegen zurückgeführt, mache das Land seine AHV selber krank.

Im Rahmen einer Pressekonferenz wurden gestern noch einmal die Argumente gegen eine Senkung des Staatsbeitrags vorgebracht sowie die Forderungen gestellt (siehe Kasten). Allenfalls kommt für den Seniorenbund auch ein Alternativvorschlag in Frage, über den die VU anlässlich der Eintretensdebatte laut nachgedacht hatte: Den Staatsbeitrag an das Umlagedefizit zu koppeln.

Ob und wie die Argumente der Senioren bei den Landtagsabgeordneten gehört werden, wird sich im Mai weisen. Dann wird nämlich die AHV-Revision in zweiter Lesung im Landtag behandelt.

Populistische Keule

«Jetzt reicht es!» Das ist die Grundausgabe, die der Seniorenbund zur geplanten AHV-Revision macht. Bereits 2012 sei eine Reduktion des Staatsbeitrags um

15 Millionen erfolgt. Dann sei der Staatsbeitrag drei Jahre später von 20 Prozent einer Jahresausgabe durch einen Fixbetrag von 50 Millionen Franken abgelöst worden. Und nun schlägt die Regierung vor, den Staatsbeitrag auf 30 Millionen zu kürzen. «Die AHV hat genug zur Sanierung des Staatshaushalts beigetragen», so Max Manhart vom Seniorenbund. Weil der Staatshaushalt nach wie vor strukturelle Defizite aufweise, werde nun verzweifelt nach Möglichkeiten gesucht, die missliche Situation zu verbessern – auf Kosten der gesunden AHV.

Um dieses Ziel zu erreichen, werde unter anderem die populistische Keule geschwungen und etwa behauptet, dass der Rentenexport enorm sei. «Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit», so Manhart. Abgesehen

davon, dass die ausländischen Rentenbezüger einen Rechtsanspruch auf die AHV-Rente besitzen, habe dieser Anspruch nichts mit der Höhe des Staatsbeitrags zu tun. Dem Rentenexport stehe zudem ein Rentenimport gegenüber, ausserdem werde auf ins Ausland fließende AHV-Renten eine Quellensteuer erhoben. Und: Grenzgänger finanzieren nur ihre eigene Rente und nicht auch noch jene ihrer im Ausland lebenden Ehepartner.

«Rentenvorbezug zu attraktiv»

Was die geplante Erhöhung des Rentenalters von 64 auf 65 Jahre betrifft, so scheine diese Massnahme aus demografischen Gründen zwar plausibel. Vielmehr müsse jedoch die Tatsache hinterfragt werden, dass nur noch rund 30 Prozent bis zur Er-

reichung des Rentenalters arbeiten. «Fast 70 Prozent der Neurentner scheiden vorher aus dem Erwerbsleben aus», machte Manhart klar. Das könne sich jedoch nicht jeder leisten, sprich, das gehe auf Kosten der Kleinverdienenden. Deshalb schlägt der Seniorenbund vielmehr eine Annäherung des faktischen an das ordentliche Rentenalter von 64 Jahren vor, indem die Kürzungssätze und das Vorbezugsalter angehoben werden. Eine Grafik zeige klar auf, dass der Rentenvorbezug seit seiner Einführung immer öfter in Anspruch genommen werde. Und das wiederum ist mitverantwortlich für das steigende Umlagedefizit. «Nicht nur die demografische Entwicklung ist daran schuld, wie gerne weisgemacht wird», stellte Manhart klar. «Schuld ist auch der grosszügige und attrak-

tive Vorbezug.» Zu verdanken sei dieser übrigens der Industrie, die «Altlasten zulasten der AHV entsorgt und Arbeitnehmer bequem in Frührente geschickt hat». Für Max Manhart ist die geplante AHV-Reform deshalb nichts anderes als ein «Rentenklaue». Wenn die Regierung ihren Staatshaushalt sanieren müsse, dann solle sie das dort machen, wo Lücken geschaffen worden seien: «Beim Steuergesetz.» Die Hebel müssten endlich woanders angesetzt und Massnahmen auf der Einnahmenseite gesetzt werden. «Was jetzt geplant ist, ist nichts anderes als ein Raubzug auf die AHV-Kasse.»

Es gibt eine Alternative

Neben der Forderung, den Staatsbeitrag bei 50 Millionen Franken zu belassen, kommt für den Seniorenbund nur eine Alternative in Frage: Die Kopplung des Staatsbeitrags an das Umlagedefizit. Dies wurde im Rahmen der ersten Lesung als möglicher Kompromiss von der VU vorgeschlagen. Zur Erklärung: Das Umlagedefizit ist die Differenz zwischen den Einnahmen aus den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen sowie den Ausgaben in Form von Renten. An diesem Betrag würde der Staatsbeitrag dann festgemacht, wobei es eine Untergrenze gibt, die der AHV Planungssicherheit geben würde, und eine Obergrenze, die eine Risikobegrenzung für den Staat darstellt. Der Seniorenbund schlägt vor, den Staatsbeitrag innerhalb einer Bandbreite von 30 bis 60 Millionen Franken auf zwei Drittel des Umlagedefizites festzusetzen.

«Das wäre für uns eine durchaus gangbare Alternative, allerdings wissen wir derzeit nicht, ob die VU diesbezüglich einen

konkreten Antrag stellt», so Manhart. Und er hofft auch, dass ein solcher Vorschlag dann von der Mehrheit des Landtages befürwortet würde. «Wir sind optimistisch.»

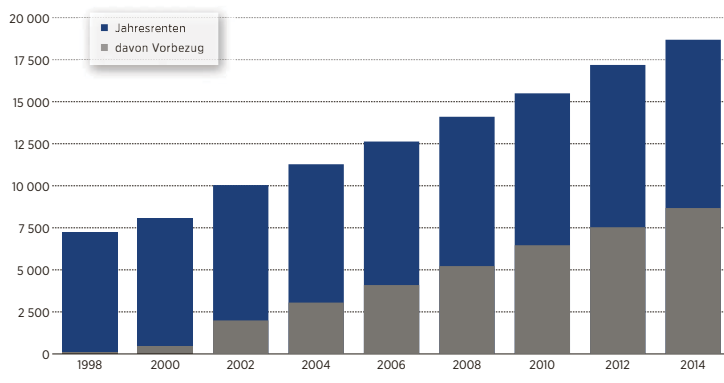
Auf Nachfrage bei Fraktions-sprecher Christoph Wenaweser bestätigt dieser, dass ein solches Modell im Rahmen der ersten Lesung diskutiert worden sei. Ob ein solcher Antrag gestellt werde, müsse erst innerhalb der Fraktion diskutiert werden. Was FPB, FL und DU betrifft, kann er keine Prognose abgeben. Grundsätzlich seien die Voten zu diesem Vorschlag aber nicht ablehnend gewesen. Der Regierungschef sprach sogar von einem «interessanten Vorschlag», Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bezeichnete ihn als «charmant».

Fazit Was der Seniorenbund will

- Er lehnt das Teuerungsmoratorium ab
- Er fordert die Beibehaltung des Staatsbeitrags bei 50 Millionen Franken
- Er lehnt die Belastung der heutigen Beitragszahler durch höhere Beitragsätze ab
- Er zieht eine Annäherung des faktischen an das ordentliche Rentenalter (64 Jahre) einer Erhöhung auf 65 Jahre vor.
- Er schlägt stattdessen eine Erhöhung des Vorbezugsalters von 60 auf 62 Jahre vor
- Er lehnt eine Sanierung des Staatshaushalts auf Kosten der AHV ab

Rentenvorbezug immer attraktiver

Im Jahr 1998 wurde der Rentenvorbezug eingeführt. Nur wenige machten davon Gebrauch. Zwei Jahre später hat sich die Zahl bereits vervierfacht. Schliesslich wurde der Rentenvorbezug noch einmal attraktiver gestaltet, was gemäss Seniorenbund dazu geführt hat, dass der Umlagenüberschuss rapide zurückgegangen ist. Er schlägt deshalb eine Erhöhung des Vorbezugsalters von 60 auf 62 Jahre vor.



Vateland-Infografik: Ralph Vogt, Quelle: Liechtensteiner Seniorenbund